

VP Linz

**Mag. Martin
Hajart**

PRESSEKONFERENZ

BUDGET 2026:

**VP Linz fordert Reform-Kurs
und Wirtschaftsoffensive**

mit

Mag. Martin Hajart
Vizebürgermeister

Doris Lang-Mayerhofer
Stadträtin

Mag. Michael Obrovsky
Geschäftsführer VP Linz

Finanzielle Schieflage: Es braucht Klarheit und Leadership!

Die letzten Jahre waren für die Wirtschaft sowie für die Öffentlichen Haushalte stark belastend. Linz hat „in den guten Jahren“ zuvor nichts zur Seite gelegt, vielmehr prägten Fremdwährungsspekulationen, politische Affären und kurzfristige Manöver (UGL-Holding, GWG-Fruchtgenuss-Wohnungen) die Linzer Finanzpolitik. Ein gutes finanzielles Fundament sieht anders aus.

Alle Gebietskörperschaften sind gefordert, ihre Hausaufgaben zu machen – so auch Linz! Dies erfordert einen klaren budgetpolitischen Kurs und Leadership. Beides fehlt in der Landeshauptstadt aktuell. **Der SP-Finanzreferent leitet keine Reformen und Schwerpunktsetzungen ein, sondern verschiebt diese auf die Zukunft. Der SP-Bürgermeister tauchte bei der Diskussion rund ums Budget überhaupt völlig ab.** Beide von der SPÖ ausgegebenen Budgetziele für 2026 wurden angesichts des vorliegenden Voranschlags 2026 verfehlt – jenes des Bürgermeisters (8 Millionen Euro) sowie jenes des Finanzreferenten (15 Millionen Euro).

Die VP Linz warnt angesichts des bevorstehenden Budgetbeschlusses am 11. Dezember vor einer dramatischen Verschärfung der finanziellen Lage der Stadt. Der von der SPÖ eingeschlagene Budgetkurs führt aus Sicht von Vizebürgermeister Martin Hajart, Stadträtin Doris Lang-Mayerhofer und VP-Linz-Geschäftsführer Michael Obrovsky immer mehr in eine Sackgasse.

„Die Stadt sitzt zunehmend in einer Schuldenfalle fest, der budgetäre Handlungsspielraum nimmt immer weiter ab. Die Investitionsquote und damit die wichtigen Impulse für die Wirtschaft sinken dramatisch, was auf die nicht erfolgten Reformen zurückzuführen ist“, bilanziert Vizebürgermeister und VP-Stadtparteiobmann Martin Hajart.

Eine einfache Formel:

Sparen + Reformen = Spielraum zum Investieren

Nach Ansicht der VP Linz zeigt der Budgetentwurf zu wenig Bereitschaft, strukturell gegenzusteuern. Weder im Verwaltungsbereich noch in der Finanzwirtschaft finde sich die erforderliche Sparsamkeit. Doppelgleisigkeiten werden nicht abgebaut, veraltete Strukturen bleiben unangetastet und Effizienzsteigerungen werden kaum bzw. zu langsam angestrebt.

Auch bei den Investitionen – die ohnehin mittlerweile ein sehr niedriges Niveau erreicht haben – muss priorisiert werden. **Es ist abzuwägen, welche Investitionen dringlich sind (beispielsweise jene in sehr desolate Schulen) und welche besonders positive Umwegrentabilitäten auf die Wirtschaft auslösen (beispielsweise jene in die Südliche Landstraße). Diese sind vorzuziehen gegenüber anderen, möglicherweise weniger dringlichen bzw. wichtigen, Investments (beispielsweise in ein 7 Millionen Euro teures Glashaus im Botanischen Garten).**

„Die SPÖ verweigert grundlegende Reformen im System und notwendige Schwerpunktsetzungen. Damit wird die finanzielle Zukunft der Stadt aufs Spiel gesetzt“, warnt Hajart. Deshalb wird die VP das Budget 2026 in Teilen und die vorgelegte mittelfristige Finanzplanung komplett ablehnen. Nach der Finanzplanung der SPÖ werden die Kassenkredite von 66 Millionen Euro (2024) auf 881 Millionen Euro bis 2030 geradezu explodieren. Eine solche Budgetentwicklung ist nicht mehr verantwortbar. Die VP Linz wird in der Budget-Gemeinderatssitzung die Erarbeitung und Vorlage einer neuen mittelfristigen Finanzplanung bis Juni 2026 beantragen.

Ablehnung in zentralen Bereichen: Verwaltung, Bildung, Wirtschaft

Von Seiten der VP Linz gibt es beim Voranschlag 2026 in folgenden Bereichen keine Zustimmung:

- Im **Verwaltungsbereich** fehlt die nötige Reformbereitschaft, weshalb die VP deutlich festhält: Ohne Sparen im System und ohne strukturelle Modernisierung könne es keine Zustimmung geben.
- Auch im **Bildungsbereich** sind die Defizite gravierend: Die Investitionen zur Sanierung der städtischen Gebäude sind viel zu niedrig. Gerade bei den Schulgebäuden sammelt sich ein immer größerer Sanierungsrucksack an. Oft mangelt es sogar an Kleinigkeiten wie Kreiden, Vorhängen oder Druckpatronen. Weder Schülern noch Lehrkräften sind derartige Zustände auf Dauer zumutbar.
- In der **Wirtschaftspolitik** vermisst die VP Linz weitreichende Akzente zur **Belebung des Wirtschaftsstandorts**. Beispielsweise soll es – statt eines allein agierenden Leerstandsmanagers – eine breit aufgestellte Innenstadtagentur (mit Maklerfunktion) geben. Gerade in herausfordernden Zeiten müsse die Politik an der Seite der Betriebe stehen.

Fehlender Kassasturz verschleiert Ausmaß der tatsächlichen Zinsbelastung

Mit dem Voranschlag 2026 wird der Gemeinderat wieder nur über die Zinszahlungen für die Magistratsschulden in der Höhe von 25,7 Millionen Euro informiert. Den geforderten Kassasturz mit einer Gesamtübersicht zu den ausgelagerten Schulden und Zinsen verweigert die SPÖ. **Aufgrund der bisher bekannten Zahlen dürften die Größenordnung für die Gesamtschulden (Stadt + budgetabhängige GmbHs) bei rund 1,7 Milliarden Euro liegen, die Zinsen im Jahr 2026 bei rund 50 Millionen Euro.** Die genauen Zahlen zu den Schulden und Zinsen der Immobiliengesellschaften und der Konzernmutter bleiben unter Verschluss.

„Der erste Schritt für einen Reformkurs beginnt mit einem Kassasturz. Doch die SPÖ verweigert diesen immer noch. Solange dem Gemeinderat beispielsweise kein Einblick in die finanzielle Entwicklung der Immobiliengesellschaften und der ebenfalls verschuldeten UGL-Holding GmbH gegeben wird, können wir den städtischen Zuschüssen zu diesen Gesellschaften nicht mehr zustimmen. Einen Blanko-Scheck können wir nicht verantworten“, betont Michael Obrovsky, Geschäftsführer der VP Linz. Bereits am Mittwoch steht ein neuerlicher 24 Millionen Euro Gesellschafterzuschuss der Stadt an die ILG und die UGL-Holding GmbH auf der Tagesordnung. Wie hoch der Schuldendienst dieser budgetabhängigen Gesellschaften ist, bleibt weiter unter Verschluss.

Keine Zustimmung zur Mittelfristigen Finanzplanung

Besonders kritisch sieht Obrovsky die geplante Aufnahme neuer Kassenkredite. In Anbetracht der hohen Schuldenlast sei das nicht mehr verantwortbar. Auch die mittelfristige Finanzplanung werde daher abgelehnt, da sie weder die notwendigen Einsparmaßnahmen noch die erforderliche Ausrichtung auf Zukunftsinvestitionen berücksichtige. Die jährlichen Budgetdefizite summieren sich bis 2030 auf über 880 Millionen Euro, die über kurzfristige Kassenkredite jährlich neu zwischenfinanziert werden müssen. „Die Kassenkredite erreichen eine Höhe, die im städtischen Budget nicht mehr bewältigbar ist. Im Krisenfall gefährden diese kurzfristigen Kredite die finanzielle Stabilität der Stadt Linz“, warnt Obrovsky.

Deshalb wird die VP Linz im Budgetgemeinderat beantragen, dass im nächsten halben Jahr als Leitlinie für einen Reformprozess eine neue mittelfristige Finanzplanung ausgearbeitet wird und dem Gemeinderat erneut vorgelegt werden soll. Damit soll sichergestellt werden, dass die Budgetkonsolidierung nicht weiter hinausgeschoben wird.

„Die Stadt Linz hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Die Schulden steigen Jahr für Jahr, während echte Reformen ausbleiben. Wenn wir jetzt nicht gegensteuern, gefährden wir die Zukunft unserer Stadt. Die fehlenden Reformen von heute, sind die Gebührenerhöhungen von morgen.“

Die Entwicklung der letzten Jahre zeige deutlich, dass Linz in eine Schuldenfalle rutsche. Obrovsky: „Ein Budget, das auf immer höhere Schulden setzt, ist kein Zukunftsplan. Wir brauchen endlich Mut zur Kurskorrektur. Wir haben die Verantwortung, Linz finanziell wieder auf solide Beine zu stellen. Jeder Euro, der in Zinsen fließt, fehlt für Schulen, Infrastruktur und den Wirtschaftsstandort. Ein Weiter-so können wir uns schlicht nicht leisten.“

Wirtschaft als zentraler Partner der Stadt

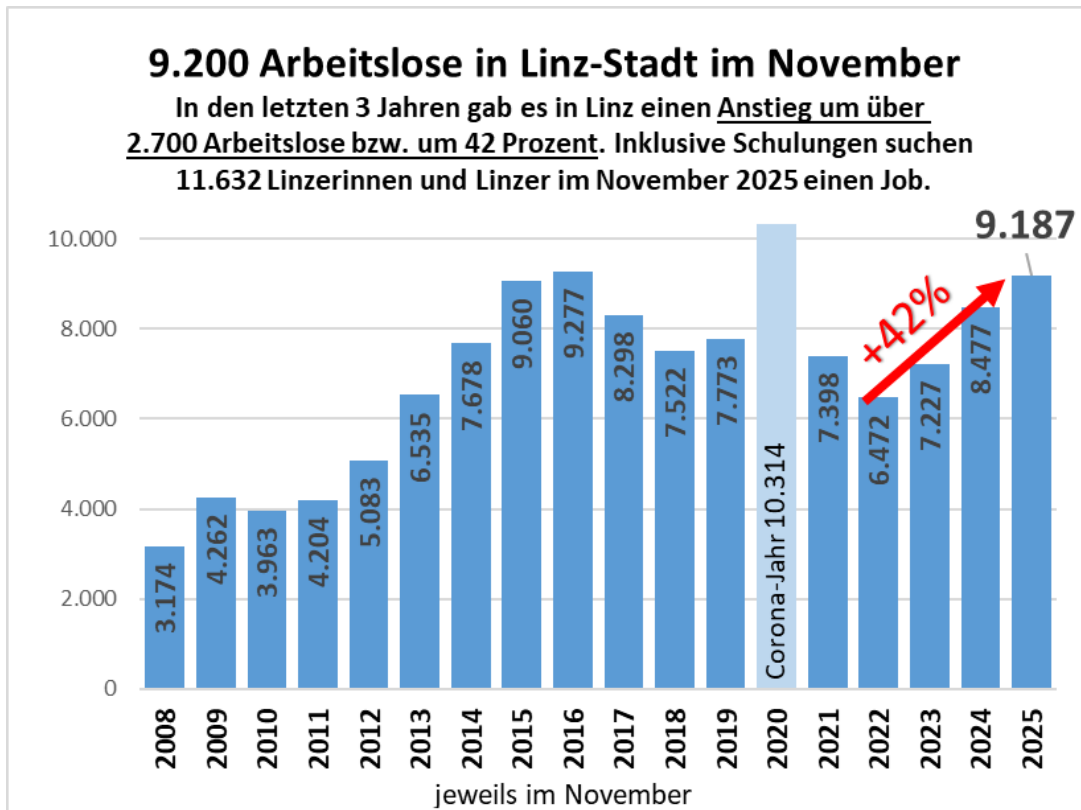
Auf der Einnahmenseite ist Linz eine enorm finanzstarke Stadt. Mit 214 Millionen Euro Kommunalsteuereinnahmen kommt jeder dritte Steuer-Euro der Stadt direkt von den Linzer Arbeitgeberbetrieben. Linz hat Steuereinnahmen von denen andere Städte nur träumen können.

Stadträtin Doris Lang-Mayerhofer betont, dass Unternehmen Wohlstand, Arbeitsplätze und Zukunftschancen sichern. Eine aktive Standortpolitik sei unverzichtbar, um Linz attraktiv und wettbewerbsfähig zu halten. Wer in einer Krise nicht investiere, verliere langfristig den Anschluss – davor warnt Lang-Mayerhofer eindringlich.

Der konsequente Weg, Linz als Kultur- und Tourismusstandort zu positionieren und aufzuwerten, mache sich auch wirtschaftlich bezahlt. Lang-Mayerhofer: „Aber Linz steht wirtschaftlich gehörig unter Druck – hohe Inflation, sinkende Kaufkraft, wachsender Leerstand. Es ist daher Zeit, für einen wirtschaftlichen Neustart. Die Stadt braucht dringend neue Impulse! „Linz ist eine wirtschaftlich starke Stadt und das soll sie auch bleiben.“

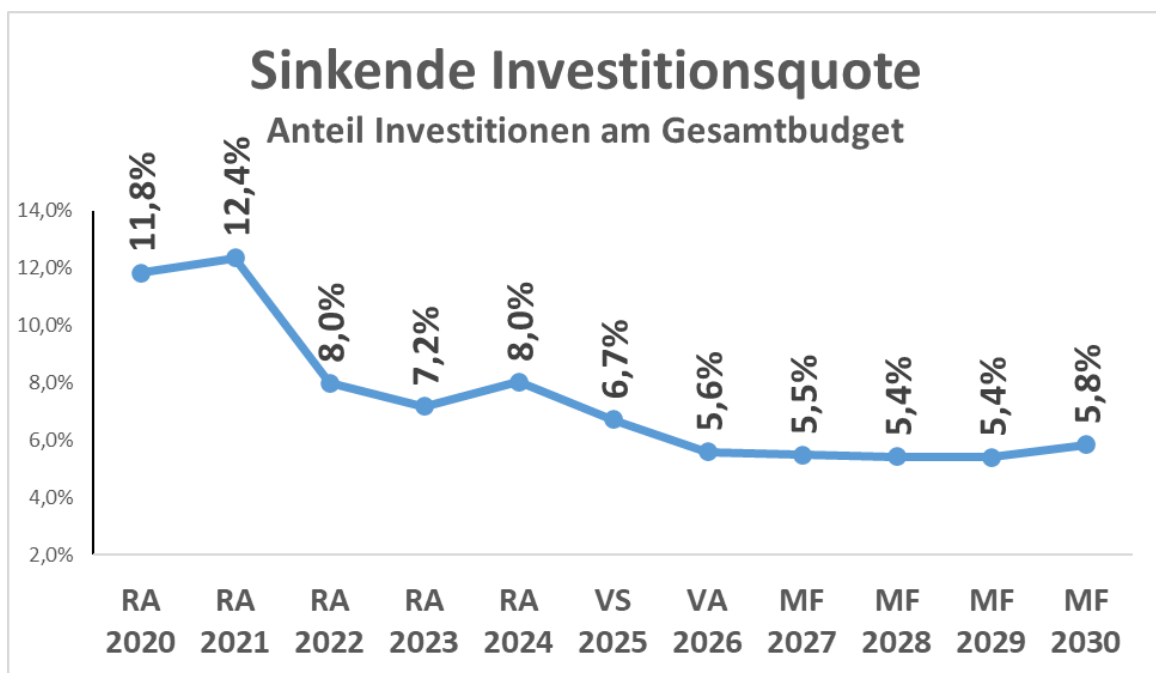
Linz braucht eine Wirtschafts- und Bildungsoffensive

Die aktuellen Arbeitsmarktdaten zeigen, dass Linz eine Wirtschafts- und Bildungsoffensive braucht. In den letzten drei Jahren sind die Arbeitslosenzahlen um 42 Prozent gestiegen. Inklusive Schulungsteilnehmer suchen 11.632 Linzerinnen und Linzer aktuell einen Job.



1.900 Linzer Jugendliche suchen aktuell einen Job. 70 Prozent der arbeitslosen Linzer Jugendlichen haben nur eine Pflichtschulabschluss oder nicht einmal diesen. Angesichts dieser Entwicklung ist die Stadt – wie in den Jahren 2014/15 – gefordert, zu dieser Herausforderung im Wirtschafts- und Bildungsbereich einen Beitrag zu leisten.

Durch die hohe Zinsbelastung kann immer weniger investiert werden.



Die VP Linz fordert neben gezielten Investitionen in die Infrastruktur auch wirtschaftsbelebende Maßnahmen. Es ist dringend notwendig, dass eine breit aufgestellte Innenstadtagentur (mit Maklerlizenz) eingerichtet wird, anstatt den nun tätig werdenden Leerstandsmanager alleine zu lassen.

Forderungen der VP Linz: Trendwende jetzt

Die VP Linz legt einen klaren Katalog an Zielsetzungen vor, der eine finanzielle Trendwende ermöglichen soll:

- Es ist die Zeit für Reformen: Es braucht ein Sparen im System.
- Abschaffung von Doppelgleisigkeiten, veralteten Strukturen und politischen Liebhabereien.
- Schub für die Wirtschaft durch weniger Bürokratie und raschere Verfahren.
- Schulden müssen abgebaut und nicht weiter erhöht werden.
- Es braucht Klarheit über den notwendigen Sanierungsbedarf der im Eigentum der Stadt Linz befindlichen Gebäude.
- Es braucht volle Transparenz in allen Gesellschaften der Stadt Linz.
- Wir brauchen mehr Investitionen - insbesondere im Schulbereich.
- Grenzen der Verschuldung – gefährlicher Anstieg der Kassenkredite.
- VP-Antrag für eine neue Mittelfristplanung bis zum Halbjahr 2026.

Schlussfolgerung: Mut zur Kurskorrektur

Letztlich zeigt vor allem der gefährliche Anstieg der Kassenkredite, dass eine strikte Ausgabendisziplin unerlässlich ist.

Linz steht finanziell an einem Wendepunkt. Die VP Linz fordert daher entschlossen Reformen, Sparsamkeit im System und klare politische Prioritäten. Nur mit einer modernen Verwaltung, einer aktiven Standortpolitik und gezielten Investitionen in Bildung könne die Stadt handlungsfähig bleiben.

„Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für eine grundlegende finanzpolitische Kurskorrektur – für mutige Schritte. Und nicht für ein mutloses Budget“, so Hajart, Lang-Mayerhofer und Obrovsky abschließend.